Rat für Änderung des Flächennutzungsplans

Nackenheim: Debatte um Eichelsbachtal

m. NACKENHEIM — In namentlicher Abstimmung verabschiedeten die Ortsparlamentarier während der jüngsten Ratssitzung den Beschluß, für das Gebiet um den Eichelsbach, sowie für die angrenzenden Gebiete den Flächennutzungsplan zu ändern. Dort stehen Feldhütten und Gartenlauben, die von der Kreisverwaltung beanstandet wurden. Zahlreiche Mitglieder der „Bürgerinitiative Kleingartengelände im Eichelsbachtal" waren denn auch zur Sitzung erschienen und verfolgten aufmerksam die Diskussion.

Die bisherige landwirtschaftliche Fläche soll nach dem Beschluß des Gemeinderates nun als Grünfläche mit der Zweckbestimmung „Eigentümergärten" ausgewiesen werden. Gemäß der Empfehlung der Kreisverwaltung wird zur Änderung des Flächennutzungsplanes eine landesplanerische Stellungnahme und die sofortige Veränderungssperre für das gesamte Areal beantragt.

Nach den Worten von Ortsbürgermeister Günter Ollig stehen in dem Tal 73 bauliche Anlagen. Wenn die Gemeinde nun keine Bauleitplanung in Auftrag gebe, müßten in letzter Konsequenz die Gebäude abgerissen werden, sagte Ollig. Zur Erhaltung der Anlagen habe die Bürgerinitiative 929 Unterschriften vorgelegt.

„Wir sind an einem Punkt angelangt, wo wir Farbe bekennen müssen", betonte SPD-Sprecher Richard Speckenheuer. Die Möglichkeiten, den Besitzern der Gartenhäuser zu helfen, seien begrenzt, eine „Freikarte" zum Abriß der Anlagen gebe es von der SPD-Fraktion aber nicht. Speckenheuer schlug eine landesplanerische Stellungnahme, die Aufnahme und Änderung des Flächennutzungsplanes als Sondergebiet von Grab- und Eigentümergärten sowie die sofortige Veränderungssperre vor.

CDU-Sprecher Alfred Hoffmann begrüßte die Ausführungen der SPD und schlug zusätzlich die Erstellung eines Gutachtens vor, bei dem ein Sachverständiger des Bauplanrechts mitarbeiten soll.

Für die FWG sagte Günter Zerbe, wenn die Häuschen abgerissen würden, verwildere die Landschaft und der schöne Obstbaumbestand verschwinde. Kleine Bauten habe es dort schon immer gegeben und sie gehörten in diese Landschaft. Rettungsfahrzeuge müßten auch ausrücken, wenn sich auf freiem Feld ein Unfall ereigne.

Frieder Stauder begründete die ablehnende Haltung der BLN. Wenn eine Bauleitplanung vorgenommen werde, kämen Kosten auf die Gemeinde sowie die Anlieger zu. Mitzutragen hätten es die Bürger, die dann für einige illegal angeeignete Privilegien von wenigen Personen zahlen müßten, meinte Stauder. Die Bürgerinitiative weise darauf hin, Ordnung in die Wildnis gebracht und das Tal schöner gestaltet zu haben. Die BLN vertrete die Auffassung, daß die Bebauung nichts anderes als ein unbefugtes und illegales Eingreifen in das Ökosystem darstelle. Man schlage vor, daß die Gemeinde erkläre, außerstande zu sein, in dem Gebiet eine Bauleitplanung durchzuführen.

Bei der namentlichen Abstimmung votierten SPD und CDU gemeinsam dafür, den Flächennutzungsplan zu ändern. Die beiden anwesenden BLN-Vertreter sowie die Beigeordnete Katrin Greisl, die auch die Sitzungsleitung hatte, stimmten dagegen.